

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Rudolf Köhler, Dresden, Königsplatz 13, 1. Etage. Druck: Rudolf Köhler, Dresden, Königsplatz 13, 1. Etage. Tel. 1234.

Verlag: Rudolf Köhler, Dresden, Königsplatz 13, 1. Etage. Druck: Rudolf Köhler, Dresden, Königsplatz 13, 1. Etage. Tel. 1234.

Verlag: Rudolf Köhler, Dresden, Königsplatz 13, 1. Etage. Druck: Rudolf Köhler, Dresden, Königsplatz 13, 1. Etage. Tel. 1234.

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

Neue Bemühungen um Deutschland

Lausanne wird statt Genf vorgeschlagen

London, 15. Oktober. Die Stellungnahme der englischen Presse zu dem Ergebnis der Herriot-Racdonald-Beschlüsse ist im allgemeinen, wie zu erwarten ist, darauf abgestellt, Deutschlands Weigerung, nach Genf zu gehen, als einen diplomatischen Fehler zu betrachten und zu verurteilen. Deutschland zu einer besseren Einsicht zu bekehren. Man könne zwar, so sagt die „Times“, angesichts der innerpolitischen Lage den Widerstand der deutschen Regierung verstehen, aber man müsse doch fragen, ob sie wirklich in ihrem eigenen Interesse gehandelt habe. Nach dem ersten Ansehen könne es sicherlich als ein Fehler erscheinen, daß die deutsche Regierung eine Erklärung ihres Falles mit den drei anderen Mächten nur wegen der Forderung des Zusammenkunftsortes verweigerte, zumal die Franzosen sich endlich mit der Konferenz einverstanden erklären.

Man hätte nicht erwarten können, daß England an London festhalten würde, wenn nur die Konferenz überhaupt zustande kommen.

Die Sympathie Englands für die deutsche Gleichberechtigungsforderung könne nur geschwächt werden, wenn Zweifel an dem guten Willen Deutschlands zur Zusammenarbeit mit anderen Mächten für die Sache des Friedens in Europa entstünden. Derartige Zweifel müßten höchstens über die Ziele der deutschen Regierung hervorgerufen werden.

Im „Daily Telegraph“ heißt es, die englische Regierung müsse die Schwierigkeiten überwinden, die durch gewisse Einwendungen gegen Genf entstanden seien. Das werde wohl zunächst auf dem Wege über die diplomatischen Kanäle versucht werden. Späterhin könne vielleicht auch, falls diese Methode fehlschläge, eine Einladung an die deutschen Minister nach London erfolgen. In diplomatischen Kreisen sei man der Ansicht, daß schließlich doch ein anderer Zusammenkunftsort gewählt werden müsse.

Deutschland könne wohl den Vorschlag, die Konferenz in Lausanne abzuhalten, nicht annehmen.

Der deutsche Gleichberechtigungsanspruch sei von der englischen Regierung als verbindlich anerkannt worden. Man müsse aber betonen, daß auch ohne Deutschland gute Arbeit von der Abrüstungskonferenz geleistet werden könne. Man brauche nicht überredet zu sein, wenn die Herriot-Racdonald-Beschlüsse schon ziemlich bald zu neuen Aussprachen umfassender Art führen würden.

„Morning Post“ macht darauf aufmerksam, daß die englische Regierung schon vor der Konferenz Racdonalds mit Herriot von deutscher Seite auf die Einwände gegen Genf aufmerksam gemacht worden sei.

Wielkeht käme doch noch ein Kompromiß auf Lausanne zustande.

Im übrigen habe sich die Methode der „offenen Diplomatie“ wieder einmal als ein Fehlschlag erwiesen. — Der sozialistische „Daily Herald“ kritisiert die schonende Haltung der Mächte, die der eigentliche Grund für das Ausbleiben Deutschlands aus der Abrüstungskonferenz sei.

Pariser Kritik

Paris, 15. Okt. Der französische Ministerpräsident Herriot ist Freitag um 2.10 Uhr an dem Nordbahnhof von seiner Londoner Reise zurückgekehrt. Er wurde vom englischen Botschafter, vier französischen Ministern, zwei Unterstaatssekretären und mehreren höheren Beamten empfangen.

Die Aufnahme des Ergebnisses der Londoner Unterredung zwischen dem französischen und dem englischen Ministerpräsidenten und dem Außenminister ist je nach der politischen Einstellung der Morgenblätter verschieden, wenn auch in allen Blättern mehr oder weniger deutlich eine gewisse

Bewunderung über die weitere Entwicklung

wenigstens zwischen dem Stellen zum Ausdruck kommt. Allen Morgenblättern gemeinsam ist das Vertrauen, den guten Willen Frankreichs der „Unabhängigkeit“ Deutschlands entgegenzutreten und die Verantwortung der Reichsregierung für das Nichtzustandekommen einer gütlichen Einigung zu lasten. Derwiderstand ist die Tatsache, daß von dem französischen Abrüstungsplan im Zusammenhang mit dem Londoner Reise laube die Rede ist. Das „Echo de Paris“ bemängelt die zweideutige amtliche Mitteilung des Foreign Office über den Ausgang der Londoner Unterredung.

Das Wort verleiht es dem englischen Außenamt, daß in einer halbamtlichen Heuter-Rede England und Frankreich auf die gleiche Stufe der Opposition gestellt würden, Frankreich, weil es London, Deutschland, weil es Genf als Tagungsort ablehnt hat.

Das „Echo de Paris“ rechnet damit, daß Macdonald seine Vermittlungsrolle forsieren werde. Wenn Reichsaußenminister Freyher von Neurath ihn besuchen würde, um sein Abberufungsgebet zu überreichen, würde Macdonald beehrt sein, Deutschland durch Zusicherungen auf militärischem Gebiet wieder heranzuziehen und ihm die Abrüstung der weitgerüsteten Staaten, vor allem Frankreichs, anzubieten.

Ambau des Reiches

Es besteht heute in allen Parteilagern, mit einziger Ausnahme der Sozialdemokratie, Einigkeit darüber, daß das Weimarer Verfassungswerk, aus der Not einer chaotischen Zeit geboren und einseitig auf das parlamentarisch-demokratische System zugeschnitten, dem Bedürfnis nach stetigen politischen Veränderungen nicht Rechnung tragen konnte. Die Notwendigkeit eines Umbaus der Weimarer Verfassung wird auch von keinem ernsthaften Politiker mehr geleugnet. Es hat deshalb am 11. August bei der Verfassungsfest der Reichsregierung durchaus keine Sensation bedeutet, daß der Innenminister v. Wirth in seiner Rede mit dem Satz, die gegenwärtige Verfassung einle die Weimarer nicht, sondern trenne sie, das Werk von Weimar begraben hat. Der Meinungsstreit acht heute lediglich noch dahin, welches Ausmaß der als notwendig erkannte Umbau der Verfassung zweckmäßig haben soll. Unterdessen hat sich die Reichsregierung um die Aufgabe, einen neuen Entwurf auszuarbeiten, trotz aller Gegenwartsnöte weiter bemüht. In seiner Münchener Rede hat der Reichskanzler die ersten Andeutungen in dieser Richtung gemacht. Die sodann veröffentlichten Richtlinien der ausüblichen Stellen des Reichsinnenministeriums ergänzen die Ausführungen des Reichskanzlers und ergeben nunmehr bereits ein ziemlich genaues Bild, nach welchem Gesichtspunkten der Umbau unseres Verfassungslebens erfolgen soll. Im letzten ersten Monats wird in den nächsten Wochen und Monaten zweifellos ein heftiger Meinungsstreit entbrennen, der leider durch den Wahlkampf eine besondere Verschärfung erfahren wird. Man wird das nur bedauern können, denn die Aufgabe, das Reich in Zukunft wohllicher auszugestalten, ist eine so ernste, daß man die dabei auftauchenden Probleme nicht durch die unvermeidlichen Vekendlichkeiten eines Wahlkampfes verzerrt sehen möchte. Aber die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß die Abänderung der Weimarer Verfassung so dringend sei, daß jede Verzögerung nicht mehr zu ertragen sei. Hoffentlich ist sie sich aber auch dessen bewußt, daß von all den schweren Aufgaben, die sie bisher mit unbedürftlichem Draufgängertum angepackt hat, diese wohl die allergrößte ist. Hier soll ja nicht mit dem Artikel 48 ein brennender Notstand der Tagespolitik beboben, sondern es soll ein neuer Dauerzustand unseres nationalen Lebens geschaffen werden, der über die chaotische Gegenwart hinaus auch für die Zukunft Geltung haben soll. Demgemäß können daraus Auswirkungen erwachsen, die niemand heute mit einiger Sicherheit voraussagen kann. Die Reichsregierung hat ein Problem aufgerollt, dessen Verwirklichung noch völlig im Dunkel der Zukunft liegt. Papen hat erklärt, der neue Verfassungsentwurf würde dem neuen Reichstag vorgelegt werden, der an ihm zu bewerkeln habe, daß er der großen Aufgabe gewachsen sei. Demgemäß kommt den Neuwahlen vom 6. November gewissermaßen ähnliche Bedeutung zu, wie im Jahre 1930 den Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung von Weimar.

Welcher Weg aber soll beschritten werden, wenn sich der Reichstag dem Entwurf der Reichsregierung verweigert? Soll die neue Verfassung mit Hilfe der Länder durch Verordnung in Kraft gesetzt werden? Das wäre ohne Zweifel ein Bruch der alten Verfassung, die eben nur auf dem geschmäht vorgeschriebenen Wege geändert werden kann. Es bliebe also letzten Endes nur der Weg des Artikels 77, wonach eine Verfassungsänderung durch Volksentscheid möglich ist. Da hierzu aber die Zustimmung der Mehrheit der Stimmberechtigten erforderlich ist, hat nach allen bisherigen Erfahrungen auch dieser Weg wenig Erfolgsaussichten. Wie man sieht, sind schon die Schwierigkeiten der Durchführung der Verfassungsreform riesengroß. Anhaltspunkte dafür, wie sich die Regierung diesen Weg denkt, sind bisher nicht vorhanden. Spätestens nach den Reichstagswahlen wird sich aber auch die Regierung hierzu äußern müssen. Wahrscheinlich hofft Papen, zunächst über die Einzelbestimmungen des Entwurfs jeweils zu einer Verständigung mit dem neugewählten Parlament zu kommen. Der jetzt veröffentlichte Entwurf soll deshalb — wie ausdrücklich betont wird — nur die Bedeutung von Richtlinien haben, die noch erheblichen Abänderungen unterliegen können. Unachtet der Abänderungsmöglichkeiten im einzelnen läßt sich jedoch das Kernproblem der Verfassungsreform bereits dahin zusammenfassen, daß an die Stelle der allmächtigen Parteien als entscheidender Faktor unseres öffentlichen Lebens der Reichspräsident treten soll. Man will damit eine Entwicklung geschäftlich verankern, die unter Hindenburgs Amtsführung sich aus der Not der Zeit heraus von selbst ergeben hat. Bereits unter Brünings Kanzlerschaft haben die damaligen Mehrheitsparteien freiwillig auf den größten Teil ihrer Macht verzichtet, weil sie sich aus dem Zwiespalt von gesetzgeberischen Erfordernissen der gegenwärtigen Zeit und der Rücksicht auf die Wähler nicht mehr herausfinden und trost waren, die Verantwortung auf die Schultern des Reichspräsidenten und seiner Regierung abwälzen zu können. Das Bestreben, diese organische Entwicklung, die

Warum Deutschland ablehnen mußte

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 15. Okt. Ueber die ablehnende deutsche Haltung gegenüber den französisch-englischen Bestrebungen, die für London geplante Viermächtekonferenz in Genf stattfinden zu lassen, hören wir noch, daß nach allem, was über die Konferenz bisher verhandelt wurde, diese einen lediglich vorbereitenden Charakter haben sollte. Die Konferenz sollte keine endgültigen Ergebnisse vorwegnehmen, sondern sollte keine endgültigen Ergebnisse vorwegnehmen, sondern sollte keine endgültigen Ergebnisse vorwegnehmen.

„im Rahmen des Völkerbundes“

stiffinden. Eine solche Konferenz wäre aber wohlkommen und wüßer sein und hätte auch mit der Institution des Völkerbundes nicht das geringste zu tun, da ja der Völkerbund ein derartiges Gremium, wie es nach englischem Wunsch in London zusammentreten sollte, gar nicht vorsieht. Das Bestreben der Franzosen geht ganz ausgesprochen dahin, Deutschland entgegen seiner Weigerung, vor Anerkennung der deutschen Wehrhoheit nicht mehr an der Abrüstungskonferenz teilzunehmen, doch zu veranlassen, die Abrüstungskonferenz wieder zu besuchen und es dann dort vor aller Welt zu demütigen.

Auf ein solches Spiel wird sich, wie an ausländischer Stelle nachdrücklich betont wird, Deutschland nicht einlassen.

um so weniger, als bereits jetzt französische Blätter zu melden wissen, daß man gar nicht daran denke, Deutschland die militärische Gleichberechtigung auszusprechen, daß vielmehr auch nach dem Ablauf der Abrüstungskonferenz alle Verträge in der bisher geltenden Form weiterbestehen sollen. Wenn das die Pläne der Franzosen sind, hat es für Deutschland erst recht keinen Sinn, sich an der Abrüstungskonferenz wieder zu beteiligen.

Man hat man die Frage aufgeworfen, ob es ein Schaden für Deutschland sein könne, wenn die übrigen Mächte ohne

Deutschland zusammentreten. Dazu wird an den amtlichen Stellen erklärt, daß wir einer solchen Konferenz der anderen mit voller Freude entgegenzehen können.

Deutschland befindet sich in der Lage eines Bläuligers der Abrüstungskonferenz

Es hat seinen Standpunkt klar und eindeutig festgelegt, und es kann nun ruhig abwarten, was die übrigen zu unternehmen gedenken.

Sollte die vorbereitende Viermächtekonferenz unter den Voraussetzungen, unter denen Deutschland grundsätzlich für eine Teilnahme in London zugestimmt hat, an einem anderen Ort, etwa im Haag oder in Lausanne stattfinden, so würde die Reichsregierung an ihr teilnehmen. Lausanne käme allerdings wegen der deutschfeindlichen Haltung der dortigen Presse erst in letzter Linie in Frage, jedoch hat bisher noch keinerlei Abklärungen darüber stattgefunden, ob Deutschland sich an einer Konferenz an einem anderen Ort als Genf beteiligen.

Die Kontingentskommission in Rom erfolgreich

Berlin, 15. Oktober. Nach den letzten aus Rom liegenden Nachrichten sehen die Verhandlungen über eine Beilegung des Desolentensankrieges ausblicksreich. Es kann damit gerechnet werden, daß in kürzester Zeit eine Einigung über die beiderseitigen Desolentregelungen erzielt werden wird.

In der Kontingentsfrage hat die deutsche Delegation die Pläne der deutschen Regierung mitgeteilt, und es hat eine eingehende Aussprache darüber mit den Vertretern der italienischen Regierung stattgefunden. Dabei ist auch die Frage etwaiger Kompensationen erörtert worden. Die deutsche Delegation hat sich vorbehalten, der deutschen Regierung nach ihrer Rückkehr nach Berlin über das Ergebnis der Besprechungen zu berichten. Es ist in Aussicht genommen, alsbald nach Beendigung der Besprechungen in Rom ein gemeinsames Kommittee der deutschen und der italienischen Delegation zu veröffentlichen. — Die deutsche Delegation für die Kontingentsregelungen wird sich von Rom nach Paris begeben.